

Egon Becker

Ökologische Modernisierung der Entwicklungspolitik?

1. Eine neue Weltordnung - eine neue Ordnung des Entwicklungsdiskurses

Inzwischen gehört es fast zum guten Ton, das Scheitern des industrialistischen Entwicklungsprojekts zu konstatieren und dazu nach Alternativen zu suchen. Auf den internationalen Märkten der entwicklungspolitischen Ideen werden zahlreiche Alternativen gehandelt: Human-, Sustainable-, Eco-Development, ect. Schließlich läßt sich ernsthaft kaum mehr bestreiten, daß die Orientierung an kapitalistischen oder real-sozialistischen Entwicklungswegen die meisten Länder der 'Dritten Welt' in die Sackgasse geführt hat. Mit dem Zerfall des kommunistischen Machtblocks, der Vereinigung von BRD und DDR zu einem neuen Deutschland, der Auflösung der Sowjetunion in ethnisch geprägte Nationalstaaten und dem Ende der militärischen Konfrontation zwischen Ost und West hat sich die Nachkriegs-Weltordnung aufgelöst. Der für viele Länder der 'Dritten Welt' als Modell fungierende Realsozialismus ist kein entwicklungspolitisches Leitbild mehr. Trotz fortgeschrittener Industrialisierung und eines hohen Ausbildungsniveaus zeigt er »entwicklungstypische Strukturdefizite« und in den führenden westlichen Industriestaaten beginnt man, zumindest Teile des ehemaligen Ost-Blocks in die Kategorie der Entwicklungsländer einzustufen und sie entsprechend zu behandeln.¹ Die Grenze zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern hat sich so dramatisch verschoben, daß es inzwischen völlig sinnlos geworden ist, die heterogene Vielfalt mehr oder weniger unterentwickelter Länder unter der block-politischen Kategorie einer 'Dritten Welt' zusammenzufassen.² Daß die Auflösung der alten Weltordnung nicht nur terminologisch das Ende der 'Dritten Welt' bedeutet, gehört inzwischen ebenfalls zum common sense des Entwicklungs-Diskurses.

Mit der Block-Struktur zerfällt aber auch der Referenzrahmen der bisher dominierenden Entwicklungskonzepte.³ Sie haben nicht nur ihren historischen Ur-

1 Vgl. dazu: R. D. Schwartz, Ehemalige Sowjetrepubliken sind etwa so 'reich' wie Peru. Bundesrepublik denkt über Einstufung als Entwicklungsländer nach, in: *Frankfurter Rundschau*, 24. 1. 1992. Zugleich schätzen westliche Geheimdienste, daß es in Rußland, Kasachstan, Weißrußland und der Ukraine etwa zweitausend Spezialisten gibt, die in der Lage sind, Atombomben zu bauen.

2 Analytisch machte das schon vorher keinen Sinn mehr, denn die gemeinsamen Merkmale 'Unterentwicklung' und 'Blockfreiheit' waren auch vor dem Zerfall des Ostblocks längst zerfasert (Harris 1986).

3 *Entwicklungskonzepte* sind strategische Entwürfe zur Lösung von Entwicklungsproblemen, in denen sich normative Ideen von Entwicklung, Modernisierung, Fortschritt ect. verdichten. Sie sind klar von *Entwicklungstheorien* zu unterscheiden, die wiederum ein Konglomerat von Begründungen für Entwicklungskriterien, Problembeschreibungen im Horizont von normativen Ideen, Erklärungsversuchen, Prognosen und strategischen Empfehlungen darstellen. Die 'Archäologie der Entwicklungsideoe' (Sachs 1989) in der Abfolge von Konzepten, Theorien und Kontroversen kann man auch als eine Geschichte von *Problemlösungsmustern* rekonstruieren,

sprung im Kalten Krieg, sondern erweisen sich mehr und mehr auch als kulturelle Produkte des Post-Kolonialismus und des Ost-West-Konflikts. Inzwischen gehört es ebenfalls zum guten Ton, das Scheitern jener Theorien zu konstatieren, mit denen in der Vergangenheit Entwicklung und Unterentwicklung erklärt und strategische Entwürfe einer Entwicklungspolitik begründet wurden. Dem Zerfall einer Weltordnung korrespondiert der Zerfall einer Diskursordnung. Sie war geprägt, von Kontroversen zwischen den Modernisierungstheoretikern, die sich am einen Pol des Diskurses auf Bedingungen und Hemmnisse der Entwicklung einzelner Gesellschaften konzentrierten, und Dependenztheoretikern, die am andern Pol internationale Markt- und Machtbeziehungen untersuchten. An beiden Polen waren die Entwicklungskonzepte abhängig von allgemeinen sozialwissenschaftlichen Theorien - seien es strukturalistische, funktionalistische oder marxistische. Kritik und Apologie des kapitalistischen oder des realsozialistischen Entwicklungsweges waren auf beiden Seiten zu finden. (Wehling 1992) Bis in die jüngste Zeit, wurde an beiden Polen 'Entwicklung' weitgehend mit Industrialisierung gleichgesetzt und das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen als wesentlichster Indikator für den Entwicklungsgrad einer nationalen Ökonomie angesehen.⁴

Derzeit entsteht nicht nur eine »neue Weltordnung« aus den Trümmern der alten, sondern auch eine neue Ordnung des Entwicklungs-Diskurses. In ihm wird ebenso das Wissen über Entwicklung und Unterentwicklung in Theorien neu geordnet, wie auch neue Themen eingeführt, Interessenlagen definiert und ihnen entsprechende Entwicklungsstrategien entworfen werden. Drei Tendenzen überlagern sich dabei:

1. Es gibt eine starke Tendenz auf die Kritik an monokausalen Entwicklungstheorien mit einer *Pluralisierungsstrategie* zu reagieren: Entwicklung und Unterentwicklung werden mit einer Vielzahl deskriptiver Faktoren erklärt, deren Konstellation, Verknüpfung und Gewichtung in jedem einzelnen Fall gesondert zu analysieren sei. Das Zusammenfügen der Faktoren in 'großen Theorien' gilt als gescheitert, und es wird der methodische Schluß gezogen, aufgrund der geogra-

die kontrovers ausformuliert und in Politik umgesetzt oder nicht umgesetzt werden. So verschränkt sich ein theoretischer Diskurs mit einer Krisendynamik. *Entwicklungspolitik* - so kann man auch sagen - ist eine Intervention in die Krisendynamik hochkomplexer Systeme und somit immer auch ein Moment dieser Krisen selbst. Sie als eine Form der *Problemlösung* zu begreifen, ist aus einer solchen Sichtweise eher ein professionelles Selbstmißverständnis.

4 Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen als *monetärer Indikator* definiert sicherlich eine Dimension, in der sich verschiedene Nationalökonomien vergleichen lassen. Es sagt etwas über das Wohlfahrts- und Versorgungsniveau der Bevölkerung, über den Grad der Integration in den Weltmarkt, über die durchschnittliche Produktivität der Arbeit aus (s. Altvater 1991). Die funktionalen und quantitativen Zusammenhänge sind aber in der ökonomischen Theorie umstritten. Nimmt man weitere Entwicklungskriterien hinzu (wie etwa die Weltbank in ihren Entwicklungsberichten: Bevölkerungszahl und -wachstum, die Investitionsquote, die Lebenserwartung in Jahren, den Anteil der städtlichen Bevölkerung), dann bezieht man 'Entwicklung' auf ein empirisch beliebig erweiterungsfähiges Aggregat *sozialer Indikatoren*, deren Zusammenhang und Gewichtung eher intuitiv als empirisch-statistisch erschlossen wird. Intuitiv erschlossen sind in der Regel auch jede Argumente, die solche entwicklungshemmenden 'Teufelskreise' aufzuzeigen versuchen, die sich in dem Indikator eines niedrigen Pro-Kopf-Einkommens schneiden (vgl. dazu etwa Dams 1970)

phischen, ökonomischen, politischen, kulturellen Vielfalt der Entwicklungsländer auf ein allgemeines Entwicklungskonzept zu verzichten, um stattdessen die Forschung im Interesse 'angepaßter Entwicklungsstrategien' durch historische und komparative Fallstudien voranzubringen.⁵ In die entwicklungstheoretische Lücke wird das Konzept der 'Grundbedürfnisse' oder das einer 'kollektiven Lebensqualität' eingesetzt - operationalisiert in einem System sozialer Indikatoren, mit denen die Schwächen der ökonomistischen Entwicklungskonzepte überwunden werden sollen.⁶ Doch mit der Pluralisierung der Indikatoren hat sich zugleich der modernisierungstheoretische Entwicklungsbegriff kulturalistisch zerfasert.

2. Ein andere Gruppe der Entwicklungstheoretiker versucht die Umrisse der sich herausbildenden 'neuen Weltordnung' zum Referenzrahmen zu machen - sei es, daß man den Kapitalismus als historisch erfolgreiche Gesellschaftsformation zähneknirschend akzeptiert und auf seine Zivilisierung hofft; sei es, daß man das 'Entwicklungsproblem' zu einem inneren Problem der inzwischen real existierenden kapitalistischen Weltgesellschaft erklärt und darin die Nord-Süd-Polarisierung als Ursache vielfältiger Probleme, Konflikte und Bedrohungen analysiert. Der dependenztheoretische Pol der alten Diskursordnung wird in diesem Strang der Diskussion politisch aufgerieben.

3. Schließlich kommt es zu einer engen thematischen Verbindung von 'Umwelt' und 'Entwicklung', zu Beschreibungen und empirischen Analysen von Umweltbelastungen und Umweltzerstörungen in einzelnen Regionen und Ländern der 'Dritten Welt', zu Forderungen nach einem schonenden Umgang mit den natürlichen Lebensvoraussetzungen. Das Konzept von 'Sustainable Development', wie es die UN-Weltkommission für Umwelt und Entwicklung 1987 ausformulierte,⁷ liefert seitdem die Diskussionsfolie für eine *ökologisch orientierte Entwicklungspolitik*. Eine »dauerhafte Entwicklung«, so heißt es in der deutschen Ausgabe des Brundtland-Berichts, »wird.. für die Entwicklungs- wie für die Industrieländer zum Entwicklungsziel.« Und es wird von den Wohlhabenden gefordert, daß sie »ihre Lebensgewohnheiten - beispielsweise hinsichtlich des Energieverbrauchs - in einer Weise ändern, die den ökologischen Möglichkeiten unseres Planeten angemessen ist.« Und den Entwicklungsländern wird gesagt: »Ein weiteres, ungezügelteres Wachstum der Bevölkerung erhöht den Druck auf die Ressourcen

5 Vgl. Wöhlke 1991, der zwischen physischen, demographischen, ethnischen, kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen, politischen und katastrophenfördernden Faktoren unterscheidet (und diese nochmals feingliedrig ausdifferenziert).

6 So wurde beispielsweise im UNDP-Entwicklungsprogramm (UNDP 1990) ein Indikator für 'human development' konstruiert, der u. a. folgendes zu quantifizieren versucht: Lebenserwartung, Kindersterblichkeit und Kindsbettod, Alphabetisierung der Erwachsenen und im Besondere der Frauen, Schulbesuch, Versorgung mit Nahrungsmitteln und Trinkwasser, Zugang zu medizinischer Versorgung und das Ausmaß persönlicher Freiheit.

7 Der englische Ausdruck 'sustainable development' wird in der deutschen Ausgabe des Brundtland-Berichts (Hauff 1987) mit 'dauerhafter Entwicklung' übersetzt, womit der Sinngehalt dieses Begriffs nur ungenau erfaßt ist. 'Zukunftsträchtige' oder auch 'nachhaltige' Entwicklung wären wohl bessere Übertragungen.

und verlangsamt den Anstieg des Lebensstandards. Eine dauerhafte Entwicklung ist demzufolge nur möglich, wenn Größe und Wachstum der Bevölkerung auf das sich wandelnde Produktivpotential des Ökosystems 'Erde' abgestimmt werden.« (Hauff 1987) Es müsse in Zukunft von der Erkenntnis ausgegangen werden, daß sich die Konsum- und Lebensweise der westlichen Industrieländer nicht auf die gesamte derzeitige und zukünftige Weltbevölkerung übertragen läßt; das globale ökologische Gleichgewicht sei gleichzeitig durch die industrialisierungs- und durch die armutsbedingten Umweltzerstörungen bedroht. Eine dauerhafte Entwicklung setze also voraus, die Armut der Entwicklungsländer zu beseitigen und der Reichtum Wohlstand der Industrienationen zu begrenzen. Dieses neue Entwicklungskonzept ist inzwischen mit unterschiedlichen ökologischen, politischen Positionen und ökonomischen Argumenten kritisiert, radikalisiert und erweitert worden. Dabei haben sich die Diskurse über Umwelt und über Ökonomie mehr und mehr verschränkt. Eine neue hegemoniale Diskursordnung ist im Entstehen, deren Referenzebene die globalen Umweltprobleme darstellen.⁸

Nach welchen Regeln dieser Diskurs funktionieren wird, das ist noch nicht ausgemacht. Es wird stark von der Gestalt der neuen Weltordnung abhängen, aber auch davon, welche Konzepte, Strategien und Instrumente in den einflußreichen Entwicklungsagenturen geschmiedet werden und welche Positionen sich in den Forschungsinstituten der internationalen Organisationen ausbilden. Der Verlauf und die Ergebnisse der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro im Juni dieses Jahres werden auch die neue Diskursordnung beeinflussen. Aus ihrer Semantik dürfte das alte Vokabular von 'Modernisierung' und 'Abhängigkeit' wohl kaum verschwinden; in ihr werden auch die Fragmente des erodierenden entwicklungstheoretischen Diskurses aufgenommen, neu bewertet und ihrem vermuteten Geltungsbereich zugewiesen. Neue begriffliche Arrangements, neue Argumentationsfiguren und neue »Prozeduren der Ausschließung« (Foucault) sind im Entstehen. Denn auch dieser Diskurs wird nicht ohne Aussage- und Thematisierungsverbote funktionieren; in ihm wird das lizenzierte Sprechen reguliert und das unbotmäßige Denken zum Schweigen verurteilt werden. Es scheint derzeit so, als ob die Arbeit an allgemeinen, die Einzelprobleme und die Einzelfälle übergreifenden Theorien in die Tabu-Zone gerückt würde. In dieser Umbruchsituation macht sich bei den ökologisch wenig bewanderten Sozialwissenschaftlern nicht nur Ratlosigkeit und Frustration breit, sondern auch die Angst, in der neuen Diskursordnung keinen Platz mehr zu finden, weil sie nichts mehr zu sagen haben und sie nur noch sich selbst zuhören. Mit heftigen tabularasa-Gesten und kategorialem Gebrüll versuchen sie sich Gehör und einen Platz zu verschaffen. Bei diesen Anstrengungen entwerfen sie große Teile der Wissensbestände aus der alten Diskursordnung, verbannen sie in die Archive oder deklarieren sie zu intellektuellem Müll (vgl. Menzel 1991).

8 Dazu gibt es inzwischen eine kaum mehr überschaubare Literaturfülle. Vgl. beispielsweise: Hein 1990, Marmora 1990; Marmora/Messner 1991, Simonis 1991.

2. Ökologie als verwirrendes Leitbild

Bei vielen Wissenschaftlern und Praktikern der Entwicklungspolitik verbreitet sich die Hoffnung, über das 'Leitbild Ökologie' die Diskussion neu strukturieren zu können und wieder festen theoretischen Boden unter die Füße zu bekommen. Berechtigt scheint mir diese Hoffnung aber nur dann, wenn über die thematische Verknüpfung von 'Ökologie' und 'Entwicklung' hinaus - trotz des Tabus der 'großen Theorie' - sie auch begrifflich verknüpft werden können. Denn die 'Ökologie' liefert wohl kaum einen sicheren theoretischen Boden, denn dafür ist sie als wissenschaftliches Konzept selbst zu brüchig und schillernd und hat zu viele historische Erblasten zu tragen (Schramm 1984, Trepl 1987). Statt bisher übersehene Probleme und Zusammenhänge mit größerer Tiefenschärfe wahrzunehmen, in neuem Licht erscheinen zu lassen und begrifflich schärfer zu fassen, kann sich die Diffusität des Diskurses durch das neue Leitbild noch vergrößern. Dafür gibt es viele Anzeichen. Soll sich der Entwicklungsdiskurses grundlegend umstrukturieren, dann müssen die Begriffe, welche diesen Diskurs ordnen und deren Arrangement in einer theoretischen Struktur sich verändern. Das verlangt nach einer Operation, bei der die diskurskonstitutive 'Leitdifferenz' entwickelt/unterentwickelt - und die ihr zugeordneten wie modern/traditionell - sich auflösen und zahlreiche empirische Unterscheidungen (wie urbane/rural Kultur, industrielle/agrarische Produktion, ect.) eine neue Bedeutung bekommen. Der Zentralbegriff »*Entwicklung*« muß dann aber durch einen Begriff mit ökologischem Bedeutungsgehalt ersetzt werden. Denn er trägt eine historische Semantik mit sich, in der andere, sich in ihrer Bedeutung gegenseitig stützende Begriffe (wie Fortschritt, Modernisierung, Wachstum) verortet sind, die im neuen Diskurs ihre zentrale Bedeutung verloren haben. Sozialökologische »*Transformation*« könnte vielleicht einmal den leeren Platz des alten Zentralbegriffs einnehmen, wenn eine theoretische Explikation gelingt.

2.1 Ökologische Orientierungen in der Entwicklungspolitik.

Es ist keine neue Einsicht, daß gewaltige Umweltzerstörungen und Ausplünderungen der Ressourcen nicht nur in den hochentwickelten Industriestaaten vorkommen, sondern auch in den industriell unterentwickelten Ländern der Dritten Welt (vgl. Wöhlke 1987; Weise 1989). Wie durch Industrie, Landwirtschaft und Verkehr die Böden, das Wasser und die Luft verschmutzt und vergiftet werden; wie landwirtschaftliche Nutzflächen und die natürliche Bodenfruchtbarkeit durch Raubbau, Monokultur oder extensive Plantagenwirtschaft zerstört werden, haben die großen Entwicklungsagenturen inzwischen als Problem erkannt (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit 1987). Die Vernichtung großräumiger Biotope, besonders der tropischen Regenwälder, die Ausrottung vieler Tier- und Pflanzenarten und der Verlust genetischer Vielfalt sind bei uns schon lange ein öffentliches Thema; darüber berichten die Medien und darüber wird in den

Schulen und in der Bildungsarbeit gesprochen.

Dies bedeutet aber zunächst nur, die bisherigen Entwicklungskonzepte um eine weitere Problemdimension zu erweitern (vgl. Marmor/Messner 1991): Am Pol der Modernisierungstheorien wird das Leitbild des ökonomischen Wachstums und das einer 'nachholenden Entwicklung' ökologisch relativiert. Qualitativ, menschlich, schonend, ökologisch und sozial soll der ökonomische Wachstumsprozeß verlaufen. Die Idee einer ökologischen Modernisierung, wie sie als politische Reaktion auf die ökologische Krise in den westlichen Industriestaaten entstanden ist (vgl. Wehling 1992) hat inzwischen auch ihren Platz auf dem Feld der Entwicklungspolitik gefunden. Und auch am Pol der Dependenztheorien hat sich eine ökologische Dimension ausgebildet, in der die Debatte über die 'Risikogesellschaft' sich internationalisiert. Daß die ungleiche Verteilung des materiellen Reichtums eine von einer ungleichen Verteilung der ökologischen Risiken überlagert wird, es also zu zusätzlichen ökologischen Abhängigkeiten zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern kommt, gehört inzwischen ebenfalls zum *common sense*.⁹ Eine ökologische Orientierung des Entwicklungsdiskurses findet also statt und in keinem entwicklungspolitischen Dokument darf der Verweis auf ökologische Probleme fehlen. Ich verstehe darunter, daß nationale und internationale Institutionen in ihrem Operationsgebiet die vielfältigsten Umweltproblem wahrnehmen, als für sich relevant bewerten und mit ihren eigenen Mitteln und Mechanismen zu bearbeiten versuchen. Normalerweise geschieht das durch Spezialisierung von Untergliederungen auf Umweltprobleme und durch entsprechende Erweitern der Programme und Instrumente. Doch diese Institutionen sind sektoral ausgerichtet (etwa auf Landwirtschaft, Industrie, Handel, Ernährung oder Energie) und thematisch spezialisiert (in ökonomischer, sozialer, kultureller oder ökologischer Hinsicht). »Auf fehlerhafter Rechnungslegung basierend, mit engen Zielvorgaben versehen und fachlich separiert, haben sie die zunehmende ökonomisch-ökologische Interdependenz nur zögernd oder gar nicht registriert« (Simonis 1991) Das Herausbilden eigener institutioneller Strukturen für »Umwelt und Entwicklung« (beispielsweise der *UN-Conference on Environment and Development*) ist ein Indikator einer neuen Problemorientierung auf dem Felde der Umweltpolitik und zugleich eine Reaktion auf die Schwäche der internationalen Organisationen.

Etwas anderes ist es, die 'Umweltprobleme' als so bedeutend anzusehen, daß durch sie die 'Überlebensbedingungen der Menschheit' gefährdet sind, es sich also nicht einfach um Probleme handelt, auf die mit abgepackten Lösungen reagiert werden kann. Das existierende Institutionengefüge und die Funktionsweise von Ökonomie, Politik oder Wissenschaft - auch deren Reaktionen auf 'Umweltprobleme' - müssen dann als Momente eines allgemeinen Krisenzusammenhangs

9 Bemerkenswert ist allerdings, wie spät und in welcher Form die ökologischen Probleme aufgegriffen werden. So erwähnt beispielsweise Senghaas noch 1987 in einem Artikel, der die 'Entwicklungsproblematik' kritisch zu bilanzieren versucht, ökologische Probleme mit keinem Wort.

begriffen werden (Jahn 1991). Es führt dann aber kein Weg an der Forderung nach einer ökologischen Umstrukturierung vorbei, welche die institutionellen Formen und die funktionale Differenzierung der Gesellschaft tiefgreifend verändern müßte. Im politischen Jargon wird dann zumeist von einem 'ökologischen Umbau' geredet; der Brundtland-Bericht fordert »grundlegende institutionelle Reformen« und der *Club of Rome* spricht in seinem neuesten Bericht von der Notwendigkeit einer 'globalen Revolution' (King/Schneider 1991). Eine ökologische Umstrukturierung vollzieht sich aber wohl kaum nach dem Muster einer Revolution im herkömmlichen Verständnis. Sie setzt eine ökologische Orientierung der existierenden Institutionen und ein allgemeines Krisenbewußtsein voraus. Wenn verschiedene Institutionen sich auf einen gemeinsamen Problembezug beziehen und sich darüber zu koordinieren versuchen, kann es darüber auch zu internen Umstrukturierungen und zu Veränderungen des gesamten Institutionengefüges kommen. Offensichtlich macht es keine prinzipiellen Schwierigkeiten, einzelne Institutionen und auch ganze gesellschaftliche Funktionssysteme ökologisch zu orientieren. Die Herausbildung eines eigenen Umweltrechts, einer Umweltökonomie, Umweltpolitik, Umwelterziehung, ect. scheint mir dafür Beleg genug. In dem Maße allerdings, wie die ökologische Krise als fundamental angesehen wird, muß es auch zu institutionellen Krisen kommen, die nur durch radikale Umstrukturierungen bewältigt werden können. Im Wissenschaftsbereich wird dann beispielsweise die Trennung zwischen Natur- und Sozialwissenschaften von einer Funktionsbedingung zu einem Krisenmoment. Die Unterscheidung zwischen 'ökologischer Orientierung' und 'ökologischer Umstrukturierung' läßt sich allerdings nicht einfach auf die Unterscheidung zwischen 'reformistisch' und 'revolutionär' abbilden. Es handelt sich vielmehr um unterschiedliche Formen der Aufnahme ökologischer Probleme durch die Gesellschaft. Die stärksten Umstrukturierungen finden dementsprechend auch nicht durch sich fundamentalistisch artikulierende ökologische Bewegungen statt, sondern über die koordinierten Aktivitäten im Transformationskern moderner Industriegesellschaften (Becker 1991).

Bezweifelt muß allerdings werden, ob auf dem Felde der Entwicklungspolitik etwas geschieht, was in den entwickelten Industrieländern kaum stattfindet, nämlich eine Orientierung von Politik, Ökonomie, Recht oder Wissenschaft an der ökologischen Krise - was eine tiefgreifende Umstrukturierung der kapitalistischen Industriegesellschaften zur Folge haben müßte. Es spielt sich offensichtlich etwas anders ab: Zunächst einmal eine begrenzte ökologische Orientierung der Entwicklungspolitik: Zu offensichtlich sind in den Entwicklungsländern die Zusammenhänge zwischen Armut, Unterentwicklung, Bevölkerungswachstum und Umweltzerstörung. Darauf muß reagiert werden. Ohne die Koordination verschiedener sektoraler und regionaler Entwicklungsstrategien und ohne die Koordination von Entwicklungs- und Umweltpolitik auf nationaler und internationaler Ebene werden die Problemzusammenhänge politisch überhaupt nicht mehr erreicht, sondern nur noch isolierte, aber nicht isolierbare Einzelprobleme. Doch

eine bürokratisch-administrative Koordination im Innern und eine politisch-ökonomische nach außen lassen sich durchaus nach den traditionellen Mustern einer zielorientierten Entwicklungsplanung gestalten, bei der sektorale und regionale Problemlösungen durch eine 'integrierte Politik' gebündelt und optimiert werden. Es werden dann 'ökologische Komponenten' in die eingespielten Aktivitäten der Entwicklungsagenturen eingebunden und zugleich das Fehlen einer 'ökologischen Ethik' als Entwicklungshemmnis eingeklagt. Wie dies geschieht, hängt ganz entscheidend von der Beschreibung der Problemzusammenhänge ab. Im Brundtland-Bericht wird beispielsweise von einer »Verflechtung von Krisen« gesprochen, der *Club of Rome* sieht eine verkoppelte Problem- und Krisendynamik: »Umwelt-, Energie-, Bevölkerungs-, Ernährungs- und Entwicklungsprobleme« bilden für ihn »einen zusammenhängenden Komplex innerhalb der Weltproblematik«. Derartige Beschreibungen erzwingen die Forderung nach einer 'integrierten Politik' und nach tiefgreifenden Strukturveränderungen.

Doch auch eine 'integrierte Politik' organisiert Eingriffe in die sozial-ökologische Krisendynamik, bei denen nicht ausgemacht ist, ob sie krisenverschärfend oder krisendämpfend wirken. Mit einem vorsichtigen *trial-and-error* Verfahren lassen sich die dynamisch gekoppelten 'Störkreise' inzwischen wohl kaum noch aufbrechen. Und auch die Versuche, integrierte Politik als den Aufbau ökologischer 'Regelkreise' zu betreiben, die Gleichgewicht und Stabilität garantieren sollen, ist wohl eher eine öko-technokratische Hoffnung als eine begründete Modellierung der Weltproblematik. Was heißt es also, sich am Leitbild der 'Ökologie' zu orientieren?

2.2 Regionalisierung und Globalisierung ökologischer Probleme

Ökologie wird in der Regel definiert, als eine Wissenschaft von den wechselseitigen Beziehungen zwischen Lebewesen und ihrer unbelebten und belebten Umwelt. Ihr Gegenstand sind also zunächst räumlich eingrenzbare Naturstücke, Lebensgemeinschaften oder ganze Landschaften. In der modernen Systemökologie werden die 'wechselseitigen Beziehungen' als Stoff-, Energie- und Entropieströme modelliert, also begrenzte 'Ökosysteme' untersucht. Richtet man den ökologisch geschärften Blick auf die Menschen als Naturwesen, betreibt also Humanökologie, dann muß man zwischen einer 'natürlichen' und einer 'gesellschaftlichen' Umwelt unterscheiden lernen. Wenn man im Entwicklungsdiskurs versucht, die natürlichen Lebensbedingungen der Menschen zu berücksichtigen, dann kommen zwangsläufig die konkreten lokalen und regionalen 'geographischen Milieus'¹⁰ ins Blickfeld, und mit ihnen die Verteilung und das Wachstum der 'Bevölkerung'. Der entwicklungspolitische Blick, besonders der marxistisch

10 Zum 'geographischen Milieu' als äußerer Naturbedingung des gesellschaftlichen Lebens rechnet man Klima, Gestalt und Fruchtbarkeit des Bodens, Gewässer, Fauna und Flora, natürliche Energiequellen und Bodenschätze. Sie machen zugleich den 'natürlichen Reichtum' eines Landes an Lebens- und Produktionsmitteln aus.

geschärfte, richtete sich dann aber rasch auf die unterentwickelten Produktivkräfte und auf die entwicklungshemmenden Produktionsverhältnisse. Man beschreibt also die natürlichen Lebensbedingungen in einem ökonomischen Funktionsraum. Wenn die human-ökologische Perspektive beibehalten wird (vgl. Glaeser 1989), ergibt sich das Problem, Lebensgemeinschaften zu identifizieren, also die Grenzen ökologischer Funktionsräume zu bestimmen - unabhängig von den jeweils historisch zufälligen Grenzen von Staaten, Märkten oder militärischen Einflußzonen. Da es sich um menschliche Lebenszusammenhänge handelt, bleibt unklar, ob es sich dabei um die Bevölkerung in einem geographisch abgegrenzten Milieu, um ethnisch oder kulturell homogenisierte Teil-Populationen oder um eine Völkervielfalt auf einem Territorium handelt. Wie immer dieses Problem gelöst wird, es macht deutlich, daß sich auf jedem geographisch abgrenzbaren Territorium unterschiedlich begrenzte Funktionsräume überlagern. In diesem Sinn regionalisiert der ökologische Diskurs die Problemwahrnehmungen. Inzwischen hat sich die Ökologie von einer biologischen Teildisziplin längst zu einem fachübergreifenden Ansatz erweitert, mit dem anthropogene Störungen natürlicher Lebenszusammenhänge modellhaft dargestellt werden. In der systemökologischen Fassung erscheinen ökologische Probleme als Störungen im Stoff- und Energiehaushalt der Ökosysteme, deren ungestörter Zustand in den meisten Modellen durch Regelkreise und darüber stabilisierte Gleichgewichte dargestellt wird. In solchen Modellen kann aber eine regionale sozio-ökonomische Entwicklung nicht analysiert werden und der thematischen Verbindung von 'Umwelt' und 'Entwicklung' korrespondiert keine begrifflich Verknüpfung der Diskurse. Sie ist erst über einen Umweg zustande gekommen, nämlich über die Modellierung global-ökologischer Probleme, also solcher Störungen, die sich nicht mehr einzelnen lokalen oder regionalen Ökosystemen zuordnen lassen, sondern der Biosphäre insgesamt. - Der Zusammenhang von Umweltzerstörung, Industrialisierung und Unterentwicklung wurde durch das im Auftrag des *Club of Rome* entwickelte Weltmodell, dessen Prognosen 1972 veröffentlicht wurden, dramatisch ins öffentliche Bewußtsein gerückt. Hier wurden fünf globale Trends durch quantitative Indikatoren dargestellt und deren Zusammenhang über Regelkreise mit positiven und negativen Rückkopplungen modelliert: beschleunigte Industrialisierung, rapides Bevölkerungswachstum, weltweite Unterernährung, Ausbeutung der Rohstoffreserven und Zerstörung von Lebensräumen durch Umweltverschmutzung. Unter stark vereinfachenden Annahmen folgten daraus die bekannten und alarmierenden Prognosen über die »Grenzen des Wachstums«. In einer Serie sich methodisch immer mehr verfeinernder Modellrechnungen mit immer größeren Datenmengen wurden diese Prognosen differenziert, relativiert und die Bedeutung einzelner Trends verändert (Vgl. Grün/Wiener 1984). Inzwischen hat der *Club of Rome* eine Bilanz der Entwicklung gezogen: »In den beinahe 20 Jahren seit 1972 haben sich die tiefen Ursachen der Problematik nicht verändert, aber die Zusammensetzung der Probleme ist eine andere und die Schwerpunkte haben sich verlagert« (King/Schneider 1991: 7f.).

Seit Beginn der achtziger Jahre ist die Globalisierung ökologischer Probleme durch die Modellrechnungen über Klimaveränderungen in eine neue Phase gekommen: die prognostizierte Klimakatastrophe und das Ozonloch liefern eine neue Referenzebene sowohl des ökologischen Diskurses als auch des Entwicklungsdiskurses: Bevölkerungswachstum, Energieverbrauch und Nahrungsmangel sind mit den prognostizierten Klimaveränderungen scheinbar unauflösbar verknüpft; globale Umweltprobleme definieren den harten Kern der 'Weltproblematik' und damit auch das 'Entwicklungsproblem' der 'Weltgesellschaft'. Erst durch den Übergang von einer regionalisierenden zu einer globalisierenden Ökologie konnte sich die bisherige Diskursordnung 'ökologisch' transformieren. Globalökologische Phänomene zeichnen sich dadurch aus, daß ihre Ursachen und ihre Wirkungen sich weder zeitlich noch räumlich begrenzen lassen. Sie betreffen die gesamte Biosphäre, ihre Ursachen reichen weit in die Vergangenheit zurück, und die Auswirkungen gegenwärtigen Handelns oder Unterlassens sind noch in einer fernen Zukunft spürbar. Sucht man nach Problemlösungen, dann ist von Anfang an klar, daß regional oder lokal begrenzte Veränderungen durch Politik und ökologisch bewußtes Handeln diese Phänomene nicht zum Verschwinden bringen können, sondern sie bestenfalls quantitativ abschwächen: der anthropogene Treibhauseffekt wird dann vielleicht geringer und das Ozonloch kleiner. Analysiert man die Ursachen dieser Phänomene mittels globaler Klimamodelle genauer, dann erweisen sie sich als Ausdruck von Summationseffekten. Die unterschiedlichsten CO²-Emissionen werden beispielsweise beim globalen Treibhauseffekt addiert und auch die Wirkungen von Gegenmaßnahmen einer CO²-Reduktionspolitik sind innerhalb der Modellwelt additiv. Die Art und Weise der Beschreibung und Analyse zeichnet also bereits eine bestimmte Politik vor.

Global-ökologische Phänomene zeichnen sich aber auch dadurch aus, daß sie sich der unmittelbaren sinnlichen Wahrnehmung entziehen - ganz im Gegensatz zu lokalen Umweltzerstörungen: Wenn ein Bach verreckt ist, die Luft in der Nähe eines Chemiewerkes stinkt oder ein Feuchtbiotop durch eine Umgehungsstraße zerstört wird, dann sind das sinnlich wahrnehmbare Phänomene. Das Ozonloch ist nicht sichtbar und der Treibhauseffekt kann nicht mit dem Thermometer gemessen werden. Sie existieren als Phänomene lediglich in den Simulationsmodellen der Wissenschaftler oder können aus einer Fülle von Meßdaten errechnet werden. Es handelt sich also um diskursive Phänomene, die außerhalb des wissenschaftlichen Diskurses, in dem sie beschrieben worden sind, keine unabhängige Existenz besitzen. Was der Treibhauseffekt oder das Ozonloch ist, das läßt sich nur in Abhängigkeit von Theorien, Modellen, Messungen, Berechnungen und Simulationen sagen. Anders gesagt: Das Objekt des Diskurses - beispielsweise der Treibhauseffekt - ist diskursiv erzeugt, und der Diskurs stabilisiert sich, indem er seine Aussagen systematisch auf dieses »Objekt« bezieht. (Foucault 1973, 48ff.)

Im wissenschaftlichen Diskurs werden aber die global-ökologischen Probleme so beschrieben, daß durch die Beschreibung bereits ein politisch-gesellschaftliches

Handeln nahegelegt wird: Ist der zu hohe Ausstoß von Kohlendioxid die Hauptursache des Treibhauseffektes, dann muß durch eine entsprechende Umweltpolitik dafür gesorgt werden, daß sich die Emissionen verringern. Der wissenschaftliche Diskurs fungiert als Moment eines politischen, ist eingebunden in eine spezifische politische Praxis. Als Summationsphänomen eignet sich der Treibhauseffekt besonders gut für einerseits eine symbolische Politik andererseits eine technologische Umweltpolitik. Aber gerade eine solche Aufspaltung läßt lokales Handeln in ökologischer Verantwortung leerlaufen: Es wird dann entweder als rein symbolisches Handeln im real-politischen Diskurs aufgewertet - oder wegen seiner geringen technischen Effizienz von den Öko-Technokraten belächelt.

In der Modellwelt der Globalökologie erscheinen die Differenzen zwischen entwickelten und unterentwickelten Gesellschaften in der Form unterschiedlicher Beiträge zu den global-ökologischen Problemen. Umwelt- und Entwicklungspolitik verschränken sich international und können jetzt als die Lösung von Verteilungs- und Umverteilungsproblemen im globalen Maßstab definiert und als globaler Verteilungskampf organisiert werden. Dabei lassen sich die Effekte des rapiden Bevölkerungswachstums der Entwicklungsländer gegen den überhöhten Verbrauch fossiler Energien und die damit verkoppelte CO²-Emission der Industrieländer politisch verrechnen. Die inzwischen fast klassische Umweltpolitik, welche dem Paradigma der Verdünnung und Verteilung schädlicher Umweltsstoffe folgt, ist aber weiterhin in Kraft. Die Verdünnung in den verschiedenen Umweltmedien erscheint als vorwiegend technisches Problem der Verteilung: der Boden bindet und lokalisiert die Schadstoffe am stärksten, im Wasser lassen sie sich bereits relativ gut verdünnen und die Luft wirkt als grenzenloses Verdünnungsmedium. Die räumliche Verteilung beispielsweise von Mülldeponien oder Endlager radioaktiver Stoffe muß dagegen politisch und ökonomisch durchgesetzt werden; es gibt starke Tendenzen einer Verlagerung von Schadstoffen von einem Umweltmedium in ein anderes und schließlich in den Boden der ärmeren Regionen dieser Welt

3. Die neue Ordnung eines hegemonialen Diskurses

Anscheinend entsteht in der ökologischen Problemdimension eine neue Gemeinsamkeit von entwickelten und unterentwickelten Ländern, die sich in einem Gattungsinteresse am gemeinsamen Überleben zusammenfassen läßt. Doch der Schein trügt. Die Versteppung eines Ackerbaugebietes oder die Vergiftung eines Fischgewässers bedeutet in einem reichen Industrieland etwas anderes, als in einem armen Agrarland. Hier kann auf den Ackerbau oder das Fischen verzichtet werden, ohne daß sich dadurch die Nahrungsversorgung der Bevölkerung drastisch verschlechtert. Es wird dann eben mehr importiert. Doch die Option auf einen Verzicht besteht in den armen Agrarländern kaum. Umweltzerstörungen bewirken dort Hunger und Elend. Zudem verfügen die reichen Industriestaaten

über wesentlich mehr finanzielle Mittel für einen vor- und nachsorgenden Umweltschutz; sie können eine spezifische Umwelttechnik innovativ einsetzen und dadurch sogar Konkurrenzvorteile auf dem Weltmarkt erzielen. Die ökologische Dimension erweist sich so als eine neue Dimension internationaler sozialer Ungleichheit. Das Zusammenwirken von Armut und Umweltzerstörung verstärkt Tendenzen zu einer Flucht großer Menschenmassen aus den Armutsregionen in die reichen Industriestaaten. Mit einer international abgestimmten Bevölkerungspolitik versucht man sowohl auf das Wachstum als auch auf die Fluchtbewegungen der Bevölkerung zu reagieren.

Aus der Verschränkung von Umwelt- und Entwicklungspolitik auf der Ebene global-ökologischer Probleme bildet sich eine Diskursordnung aus, die zugleich eine neue Hegemonialstruktur enthält. In sie werden Elemente aus anderen Diskursen so eingebaut, daß sich die Bindung an die 'Weltproblematik' (mit ihren Teilproblemen Bevölkerung, Energie, Ernährung) verstärkt. Zugleich wiederholt sich die ideologische Polarisierung der alten Diskursordnung unter global-ökologischem Vorzeichen: 'ökologische Modernisierung' am einen Pol und 'ökologischer Imperialismus' am anderen.

- Das Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern nimmt in dieser Ordnung den Platz des Hauptproblems ein, auf das sämtliche Probleme bezogen werden. Es wird nicht länger mit einer quantitativen Steigerung des Arbeitskräftepotentials und damit des Wirtschaftswachstum in Verbindung gebracht. Die Bevölkerungswissenschaft kommt ins Spiel und mit ihr eine neo-malthusianische Populationsdynamik, die am Rande in rassistische Ideologien übergehen kann.

- Eine ausreichende Energieversorgung der gesamten Weltbevölkerung wird zwar weiterhin als ein zu lösendes Problem angesehen, doch gilt die unbegrenzte Verfügbarkeit von Energie nicht länger als Voraussetzung und Maßstab gelingender Industrialisierung und der Pro-Kopf-Energieverbrauch nicht länger als Indikator von Modernität. Die Notwendigkeit, eine weltweit wachsende Bevölkerung mit Energie zu versorgen, kann den global-ökologischen Diskurs auf den Pfad der Kernenergie zurückbringen. Widerwillig räumt beispielsweise 1991 der *Club of Rome* ein, »daß die Verbrennung von Kohle und Öl aufgrund des dabei entstehenden Kohlendioxids für die Gesellschaft wahrscheinlich noch gefährlicher ist als die Atomkraft« (King/Schneider 1991, 37).

- Die Notwendigkeit, die Menschen heute und in Zukunft zu ernähren, verkoppelt das Bevölkerungswachstum mit den beschränkten Wachstumsmöglichkeiten der agrarischen Produktion und bringt weitere global-ökologische Probleme ins Spiel: den Verlust an Biodiversität durch den Raubbau an tropischen Wäldern und die drohende weltweite Knappheit an gesundem Trinkwasser.

An der Herausbildung dieses hegemonialen Diskurses sind viele Kräfte beteiligt, auch viele kritische Sozialwissenschaftler. Ein Verzicht auf eine die Einzelprobleme und die Einzelfälle übergreifende Theorie wird sich freilich nicht auf Dauer durchhalten lassen. Also doch wieder 'große Theorie'. Erst dann, wenn die globale Ökologie mit einer regionalisierenden Theorie der gesellschaftlichen Na-

turverhältnisse begrifflich in Verbindung gebracht ist, hat allerdings die theoretische Arbeit die Chance, das Problemniveau der 'Weltgesellschaft' zu erreichen. Andernfalls wird jene Argumentation hegemonial werden, nach der das Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern das zentrale Umweltproblem darstellt - sich also Umwelt- und Entwicklungspolitik als internationale Bevölkerungspolitik zu organisieren hätten.

Literatur

- Altwater, Elmar (1991): *Die Weltwirtschaft als entwicklungspolitischer Handlungsrahmen - Zur Ökonomie und Ökologie der Nord-Süd-Beziehungen* (Ms.).
- Becker, Egon (1991): Transformationskern und kulturelle Hülle. Wissenschaft und Universität in der ökologischen Krise. In: *Prokla* 79, 20.Jg., Juni 1991, S.37-53.
- Becker, Egon, Hrsg. (1991): *Jahrbuch für sozial-ökologische Forschung 1990*, Frankfurt/M.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (1987): *Umwelt und Entwicklung*. (Materialien Nr.77), Bonn.
- Dams, Theodor (1970): *Marginalität - Motivierung und Mobilisierung von Selbsthilfegruppen als Aufgabe der Entwicklungspolitik*, Bensheim
- Demirovic, Alex (1991): Ökologische Krise und die Zukunft der Demokratie. In: *Prokla* 84, 21. Jg., Sept. 1991, S.443-460.
- Foucault, Michel (1973) : *Archäologie des Wissens*, Frankfurt/M.
- Glaeser, Bernhard, Hrsg. (1989): *Humanökologie. Grundlagen präventiver Umweltpolitik*, Opladen.
- Grün, Josef/ Detlev Wiener (1984): *Global denken, vor Ort handeln: Weltmodelle von Global 2000 bis Herman Kahn; Kontroversen über unsere Zukunft*, Freiburg.
- Hauff, Volker, Hrsg. (1987): *Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung*. Greven.
- Harris, Nigel (1986): *The End of the Third World. Newly Industrializing Countries and the Decline of Ideology*. Harmondsworth.
- Hein, Wolfgang (1990): Umwelt und Entwicklungstheorie - Ökologische Grenzen der Entwicklung in der Dritten Welt ? In: *Nord-Süd aktuell*. 1.Quartal 1990, S. 3-25.
- Jahn, Thomas (1991): *Krise als gesellschaftliche Erfahrungsform. Umriss eines sozial-ökologischen Gesellschaftskonzepts*. Frankfurt/M.
- King, Alexander/Bertrand Schneider (1991): *Die globale Revolution. Ein Bericht des Rates des Club of Rome*. (Spiegel Spezial), Hamburg.
- Marmora, Leopoldo (1990) :Ökologie als Leitbild der Nord-Süd-Beziehungen: Club of Rome - Brundtlandkommission - Erdpolitik. In: *Peripherie*, 10. Jg., Nr. 39/40 (1990),S.100-126.
- Marmora, Leopoldo/Dirk Messner (1991): Zur Kritik der eindimensionalen Entwicklungskonzepte. Die Entwicklungsländer im Spannungsfeld zwischen aktiver Weltmarktintegration und globaler Umweltkrise. In: *Prokla* 82, 21. Jg., März 1991, S.90-111;
- Menzel, Ulrich 1991: Das Ende der 'Dritten Welt' und das Scheitern der großen Theorie, in *PVS*, Nr.1, 4-33.
- Sachs, Wolfgang (1989): Zur Archäologie der Entwicklungsidee. In: *epd-Entwicklungspolitik: Aktueller Beitrag* 1/89.
- Schramm, Engelbert (1984): *Ökologie-Lesebuch. Ausgewählte Texte zur Entwicklung des ökologischen Denkens. Vom Beginn der Neuzeit bis zum Club of Rome (1971)*, Frankfurt/M.
- Senghaas, Dieter (1987): Die Entwicklungsproblematik. Überlegungen zum Stand der Diskussion. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 8/87, 21.2.1987, S. 3-12.

- Simonis, Udo E. (1991): Globale Umweltprobleme und zukunftsfähige Entwicklung. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 10/91, 1.3.91, S. 3-12.
- Trepl, Ludwig (1987): *Geschichte der Ökologie: vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. Frankfurt
- UNDP (1991): *United Nations Development Program 1990: Human Development Report*, New York/Oxford.
- Wehling, Peter (1992): *Die Moderne als Sozialmythos. Zur Kritik sozialwissenschaftlicher Modernisierungstheorien*, Frankfurt/New York.
- Weise, Gerhard (1989): Auswahlbibliographie zu »Ökologie und gesellschaftliche Entwicklung« 1980 - 1989. (Dokumentation Nr.27, hrsg. vom Forschungsschwerpunkt Entwicklungssoziologie an der Universität Bielefeld). Bielefeld.
- Wöhlcke, Manfred (1991): Die Ursachen der anhaltenden Unterentwicklung. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 46/91, 8.11.1991, S.15-22.
- Wöhlcke, Manfred (1987): *Umweltzerstörung in der Dritten Welt*. München.

PROKLA 87: Nationalismus am Ende des 20. Jahrhunderts

Im Universalismus soziologischer Kategorien und im Internationalismus linker Theorien war eines nicht vorgesehen: die »Wiedergeburt« nationaler Ideologien. War dies vorschneller Optimismus? Liegt im Nationalismus eine verleugnete Chance zur Befreiung und Selbstbestimmung? Oder erzeugt die Suche nach »nationaler Identität« lediglich neue Minderheiten und territoriale Konflikte? Wie immer diese Fragen beantwortet werden, die politische Realität der 90er Jahre verlangt eine Auseinandersetzung mit sehr unterschiedlichen Erscheinungen des nationalen Mythos: mit neuen Mischungsverhältnissen zwischen Religion und Politik im Zuge der Reevangelisierung Osteuropas; mit einer oberhalb bestehender Staaten eingeforderten »arabischen Nation«; mit Nationalitäten, die ihre Legitimation aus tausendjährigen Ansprüchen auf einen eigenen Staat herleiten. Auch in den westlichen Ländern scheint sich die »nationale Frage« neu zu stellen - mit der bevorstehenden Aufhebung der westeuropäischen Nationalstaaten in einen Wirtschaftsraum, der ganz in der Art des klassischen Modells über territoriale Grenzen und ethnische Ausgrenzungen definiert zu werden droht: erzeugt die »Europäisierung« Europas einen Nationalismus neuen Typs?